



Aus der Arbeit des Gemeinderats

Gemeinderatsitzung am 26.11.2019

In der letzten Sitzung des Gemeinderates standen mehrere eher formale Themen auf der Tagesordnung, die meistens schon vorher beraten waren und deshalb relativ schnell beraten und abgeschlossen werden konnten.

Bekanntgaben aus nichtöffentlichen Sitzungen

Bürgermeister Wolfgang Lahl gab bekannt

- Der Gemeinderat hat in nicht-öffentlichen Sitzungen mehrere Personalentscheidungen getroffen. Frau Alexandra Walz wurde am 15. Oktober gewählt, um eine neu geschaffene Stelle in der Finanzverwaltung zur Bearbeitung von Umsatzsteuerangelegenheiten und Umlegungen zu besetzen. Am 5. November wurde Alexander Krohn gewählt, der im Ortsbauamt die Stelle der Hochbauunterhaltung nach dem Ruhestand des momentanen Stelleninhabers besetzen soll.
- Der Gemeinderat beschloss außerdem, die Pflichtquote für den Abschluss von Altersteilzeitvereinbarungen übertariflich geringfügig zu erhöhen.
- Zur Erschließung des Gebietes Heineweg in Breitenstein beschloss der Gemeinderat, einen Erschließungsvertrag mit der Hans Lamparter GmbH abzuschließen.

Bürgerfragestunde

In der Bürgerfragestunde meldeten sich mehrere Fragesteller zu Wort.

Ein Bürger aus dem Ortskern richtete mehrere Fragen an den Bürgermeister.

Er bezog sich auf öffentliche Äußerungen der Gemeinde, wonach der Grundstücksvertrag mit der neuapostolischen Kirche, der den Bau der Kindertagesstätte Weil-Mitte an der Rostocker Straße ermöglicht hat, positive Vereinbarungen für die Gemeinde enthält. Er fragte, ob das Bauprojekt der neuapostolischen Kirche im Baugebiet Weil-Mitte eine besondere Priorität genieße.

Bürgermeister Lahl führte aus, dass der Grundstücksvertrag mit der neuapostolischen Kirche für deren Bauvorhaben im Baugebiet Weil-Mitte die

Verkaufskonditionen für das Grundstück an der Rostocker Straße für die Fläche, die damals verkauft wurde, wiederholt. Für das Kirchengrundstück im Baugebiet Weil Mitte müsste die Gemeinde noch weitere Flächen erworben. Falls die Gemeinde mit diesen Eigentümern einig wird ist vorgesehen, den Bau des Kirchengebäudes bereits vor der Umlegung und Erschließung des Baugebietes anzugehen. Maßgebend ist dabei der städtebauliche Entwurf für dieses Gebiet. Falls kein Ankauf der zusätzlich benötigten Flächen zustande kommt würden diese Flächen im Rahmen der normalen Umlegung behandelt.

Der Bürger fragte außerdem nach den angekündigten Stellenausschreibungen für die neue Kindertagesstätte an der Rostocker Straße. Herr Feitscher teilte mit, dass diese Stellenausschreibung in dieser Woche in mehreren Tageszeitungen, im Mitteilungsblatt und auf der Homepage erscheint.

Ein Bürger aus Breitenstein kritisierte zu schnell fahrende Fahrzeuge in der Albert-Einstein-Straße in Breitenstein. Der Bürgermeister konnte sich vorstellen, das Landratsamt hier mit Geschwindigkeitsmessungen zu beauftragen.

Der Breitensteiner Bürger fragte den Bürgermeister, ob ihm bekannt sei, dass das Ordnungsamt es ablehne, private Anzeigen von Verkehrsverstößen zu ahnden. Andere Gemeinden würden dies zulassen. Außerdem würde durch den gemeindlichen Vollzugsdienst zu wenig kontrolliert.

Bürgermeister Lahl erwidert, dass er über die Ablehnungen durch des Ordnungsamtes informiert ist. Jede Gemeinde habe einen Ermessensspielraum, inwieweit sie solchen privaten Anzeigen nachgehe. Der gemeindlichen Vollzugsdienst habe einen Stellenumfang von 40 %, was für eine vollständige Kontrolle des Gemeindegebietes nicht genüge. Letztlich sei es eine politische Entscheidung, welcher Grad der Kostendeckung erzielt werden solle. Kontrollen des Vollzugsdienstes würden auch in Breitenstein und zu unüblichen Zeiten sowie an den Wochenenden durchgeführt.

Ein weiterer Bürger aus dem Ortskern sprach die schlechte Wohnungssituation von Flüchtlingen in der Gemeinde an und brachte vor, dass derzeit wenig Unterbringungskapazitäten bestehen. Er fragte, ob eine mittel- bis langfristige Planung vorliege, um diesem Mißstand entgegenzuwirken. Der Bürgermeister antwortete darauf, dass eine entsprechende Planung, die sich nicht nur auf Flüchtlinge, sondern auch auf Obdachlose bezieht, momentan ausgearbeitet wird. Die Planung wird zunächst im Gemeinderat vorgestellt. Momentan sei der Unterbringungsbedarf der Gemeinde gedeckt. Die Wohnungssituation sei nicht nur für Flüchtlinge ein Problem, sondern habe sich generell verschärft.

Der Bürger sprach die Warteschlangen bei dem Abbiegen von der Schaichhofstraße in die B464 an und regte die Schaffung einer Abbiegespur an. Der Bürgermeister erwiderte, dass es im Landratsamt, welches für diese Straße zuständig ist, derzeit keine Planungen dazu gebe. Langfristig stehe eher eine kreuzungsfreie Gestaltung an. Er hoffe, dass sich die Situation vor den Ampeln bei der B464 wieder entspannt, sobald die Schönbuchbahn wieder fährt.

Geographisches Informationssystem in der Gemeindeverwaltung

Der Leiter des Ortsbauamtes, Herr Tobias Ehmann, berichtete über den Zweck und die Verwendung von geographischen Informationssystemen. Das momentan in der Gemeindeverwaltung verwendete Verfahren beinhaltet etwa 75 Datenschichten, in denen die unterschiedlichsten Grundstücksdaten dargestellt werden können. Der Nachteil des momentan verwendeten Verfahrens sei, dass es eher für den Einsatz an Arbeitsplatzrechnern ausgelegt ist und keine mobilen Anwendungsmöglichkeiten beinhaltet. Zudem sei dieses Verfahren sehr komplex, weil es sehr viele Möglichkeiten bietet.

Die Verwaltung plane deshalb, ein auf diesem System aufsetzendes, weiteres Verfahren namens m.App.Enterprise einzusetzen, welches die gesamte Anwendung wesentlich einfacher mache. Ebenso würden bessere Anwendungs- und Darstellungsmöglichkeiten für die Bürgerschaft geboten. Ein weiterer Vorteil wäre, dass der Einsatz auf mobilen Endgeräten möglich ist und dass Änderungen vor Ort erfasst und sofort in den gesamten Datenbestand übertragen werden können. Die einmalige Beschaffung würde etwa 20.000 € kosten. Die jährlichen laufenden Kosten stiegen um etwa 3.000 €. Aufgrund der Vorteile für die Einwohnerschaft und für die Verwaltung schlage die Verwaltung vor, dieses neue Verfahren einzuführen.

Gemeinderat Wolfgang Brennenstuhl brachte vor, dass er das vorgeschlagene System aus seiner beruflichen Praxis kenne und dass es sich bewährt habe. Der Einsatz mit mobilen Endgeräten funktioniere gut. Er sprach an, dass zusätzliche spezielle Empfänger eine genauere Datenerfassung im Außenbereich ermöglichen.

Ortsbaumeister Ehmann bestätigte die technische Möglichkeit zur genaueren Arbeit vor Ort, wies aber auf die beträchtlichen Kosten für diese zusätzlichen Komponenten hin. Im Hinblick auf die Anforderungen der Gemeindeverwaltung werde diese Genauigkeit derzeit nicht benötigt, anders als im Vermessungswesen.

Einstimmig stimmte der Gemeinderat zu, das neue Verfahren m.App.Enterprise für das geographische Informationssystem in der Gemeinde einzuführen.

Änderung der Friedhofsordnung

Hauptamtsleiter Feitscher berichtete, dass die seit Jahresbeginn in den Friedhöfen der Gemeinde stattgefundenen Veränderungen in die Friedhofsordnung aufgenommen werden müssen. Darin wird für jeden Friedhof aufgeführt, welche Bestattungsform dort möglich ist. Im Friedhof Hägnach muss ergänzt werden, dass künftig auch Rassengräber bei Erdbestattungen möglich sind. Die vom Gemeinderat beschlossene Vorgabe für die Gestaltung der einheitlichen Grabsteine bei diesen Rasengräbern müsse ebenfalls aufgeführt werden.

In Neuweiler gab es mehrere Veränderungen, die ebenfalls in der Friedhofsordnung ergänzt werden müssen.

Herr Feitscher führte aus, dass noch eine Gebührenberechnung für die neue Bestattungsform der Rasengräber für Erdbestattungen erstellt werden muss. Da die Schlussrechnung für diese Herstellungskosten erst in dieser Woche einging wird das

noch etwas Zeit benötigen. Aus diesem Grund soll die Änderungssatzung zur Friedhofsordnung erst dann veröffentlicht werden, wenn auch die anfallenden Gebühren ermittelt und vom Gemeinderat festgelegt wurden.

Einstimmig stimmte der Gemeinderat der vorgelegten Änderung der Friedhofsordnung zu.

Zweckverband Gewerbepark Sol, Änderung der Verbandssatzung

Bürgermeister Lahl brachte vor, dass die Verbandsversammlung des Zweckverbandes diese Satzungsänderung bereits beschlossen hat, vorbehaltlich der Zustimmung des Gemeinderats in Weil im Schönbuch. Es geht im Kern darum, dass noch enthaltene DM-Beträge in Euro-Beträge umgewandelt werden und die Begriffe aus dem kameralistischen Buchungssystem an aktuelle Begriffe angepasst werden.

Einstimmig stimmte der Gemeinderat der vorgeschlagenen Satzungsänderung zu.

Gemeindewald – Änderung bei der Pflege des Waldes und der Verwertung des Holzes

Bürgermeister Wolfgang Lahl berichtete, dass die vorgeschlagenen Änderungen in der Beförderung des Gemeindewaldes aufgrund eines kartellrechtlichen Verfahrens notwendig werden. Der Gemeinderat habe sich bereits mehrfach mit dieser Thematik befasst. Unter anderem vor diesem Hintergrund gab es einen Wechsel bei dem Revierförster für den Gemeindewald. Der Gemeinderat habe bereits grundsätzlich beschlossen, bei dem Gemeindewald auch weiterhin mit dem Forstamt des Landkreises und den Forstbehörden des Landes zusammenzuarbeiten.

Leider gebe es bei der Verordnung des Landes zur Regelung der Zusammenarbeit in den Staats- und Gemeindewäldern noch keine Anpassung an diese neue Situation. Da die Zeit dränge habe der Landkreis für seinen Anteil an den künftigen Aufgaben eine Vereinbarung entworfen, die einheitlich in allen Gemeinden im Landkreis Böblingen angewendet werden soll. Eine weitere Vereinbarung sieht vor, dass die Pflege des Gemeindewaldes wie bisher durch die Forstleute des Landes Baden-Württemberg erfolgen soll. Ab dem Zeitpunkt, wo es um die Verwertung des Holzes gehe, müsse eine rechtliche und tatsächliche Trennung erfolgen. Die Gemeinde hat deshalb vor, bei der Verwertung des Holzes aus dem Gemeindewald mit dem Landkreis zusammenzuarbeiten, der dies wie bisher mit seinem forstlichen Revierdienst übernimmt.

Bisher das Land Baden-Württemberg die Arbeit der Forstleute finanziell gefördert. Dieser Zuschuss fällt künftig weg. Daher werden die laufenden Kosten für die Gemeinden steigen. Für Weil im Schönbuch muss mit etwa 9.000 € höheren Kosten im Jahr gerechnet werden.

Der Bürgermeister bezeichnete die vorgelegten Vereinbarungen als komplizierte, aber gute und sachgerechte Lösung.

Einstimmig stimmte der Gemeinderat zu, das Land Baden-Württemberg mit dem forstlichen Revierdienst zu beauftragen und dem Landratsamt Böblingen die Übernahme des Holzverkaufs zu übertragen.

Grundstücksangelegenheiten - Teilung der künftigen Gemeindegrundstücke bei der Hofstelle Holder in Breitenstein.

Bürgermeister Wolfgang Lahl trug vor, dass die Vorgeschichte dieser Grundstückssache bereits 1997 begann. Damals wurden in Breitenstein große Umliegungen durchgeführt, die unter anderem die Hofstelle Holter beinhalteten. In einem städtebaulichen Vertrag wurde festgehalten, dass die Umliegung zu den damals geltenden Bedingungen nachgeholt wird, sobald die Hofstelle Holter einmal ausgelagert wird. Dies sei nun der Fall. Entsprechend dem damals beschlossenen Bebauungsplan soll dort nun Wohnbebauung entstehen.

Der Gemeinde werden die öffentlichen Flächen für die Straßen übertragen. Hinzu kommen die für Wohnbebauung vorgesehenen Flächen, entsprechend den damals geltenden Regelungen für den unentgeltlichen Flächenbeitrag.

Da die Herstellung der Erschließungsanlagen der Hans Lamparter GmbH übertragen wurde sollte bereits jetzt festgelegt werden, wo die Grenzen der künftigen Gemeindegrundstücke verlaufen. Die sonst ist im Rahmen einer Umliegung stattfindende Vermessung muss vorgezogen werden, weil alle Grundstücksgeschäfte über einen notariellen Vertrag geregelt werden sollen.

Daher sei schon jetzt festzulegen, welchen Zuschnitt die Gemeindegrundstücke haben sollen. Entweder wären zwei große Wohnbaugrundstücke möglich oder eher kleinteilige Zuschnitte. Der Ortschaftsrat in Breitenstein habe dieses Thema bereits beraten und empfohlen, die Grundstücke so zuzuschneiden, dass insgesamt vier Doppelhaushälften entstehen können.

Aus Sicht des Bürgermeisters hätte dieser Zuschnitt den Vorteil, eine höhere Wohnbaunutzung zu ermöglichen. Zwei autarke, größere Häuser wären nach seinem Empfinden an dieser Stelle des Baugebietes deplatziert. Er berichtete, dass der Ortschaftsrat der Bildung von passenden Grundstücken für vier Doppelhaushälften zugestimmt hat.

Für Gemeinderat Wolfgang Brennenstuhl passte die vorgeschlagene Bebauung gut zu dem Bebauungsplan für dieses Gebiet. Er bedauere, dass keine Fußgängerverbindung in den Ortskern von Breitenstein möglich ist.

Gemeinderat Ehrmann brachte vor, dass er ursprünglich ein Verfechter der Idee war, dort seniorengerechtes Wohnen in größeren Gebäuden zu ermöglichen. Zwischenzeitlich habe er auch aufgrund der Beratung durch Architekten akzeptiert, dass die in diesem Gebiet geltenden baulichen Regeln keine sinnvolle Bebauung für seniorengerechtes Wohnen zulassen. Deswegen werde er heute für den Vorschlag der Verwaltung stimmen.

Einstimmig stimmte der Gemeinderat zu, die künftigen Gemeindegrundstücke so zuzuschneiden, dass vier Doppelhaushälften errichtet werden können.

Bekanntgaben

Der Bürgermeister gab bekannt:

Sanierung der Ortsdurchfahrt in Neuweiler

Er berichtete, dass 2020 mit der Planung für diese Maßnahme begonnen werden soll. Aufgrund der finanziellen Dimensionen muss bereits die Planung europaweit ausgeschrieben werden. Nachdem die Mindestsätze der HOAI nicht mehr bindend sind habe die öffentliche Ausschreibung von Planungsleistungen ein höheres Gewicht als zuvor. Die Verwaltung hat ein auf solche Ausschreibungsverfahren spezialisiertes Rechtsanwaltsbüro beauftragt, die Ausschreibung vorzubereiten und durchzuführen. Die Kosten belaufen sich auf etwa 15.000 €. Mit diesem auf Ausschreibungen spezialisierten Rechtsanwaltsbüro arbeiten viele öffentliche Institutionen wie zum Beispiel der Landkreis Böblingen zusammen. In einem zweistufigen Verfahren bewerben sich zunächst Planungsbüros um die Teilnahme an dem Vergabeverfahren. Nach weiteren Verhandlungen macht das Büro einen Vergabevorschlag, der auf einem zuvor festgelegten Punktesystem aufbaut. Im Februar 2020 soll die Vergabe im Gemeinderat erfolgen.

Parkplätze am Kastenplatz in der Wilhelmstraße

Nach dem Ende der momentanen Baumaßnahme sollen die derzeit weggefallenen Parkplätze durch den privaten Bauherrn nicht neu asphaltiert werden, sondern lediglich mit Schotter befestigt. Hintergrund ist, dass die Gemeinde in der Bahnhofstraße eine große Sanierung plant, von der auch der Kastenplatz betroffen ist. Dabei müssten diese Asphaltflächen wieder entfernt werden. Die Gemeinde und der Bauherr teilen sich die Ersparnis der durch diese Vereinbarung wegfallenden Kosten für die Asphaltierung der Parkplätze.

Kriminalitätsstatistik:

Die Kriminalitätsstatistik 2018 wurde dem Gemeinderat als Drucksache ausgehändigt. Da es keine bemerkenswerte Veränderung gibt ist keine Vorstellung und Erläuterung im Gemeinderat durch die Leitung des Polizeireviers in Schönaich vorgesehen.

Schulstatistik:

Die wesentlichen Daten der aktuellen Schulstatistik wurden als Gemeinderatsdrucksache ausgegeben. Die Gemeinschaftsschule ist ab der Klasse 5 stabil zweizügig. Darunter sind die Klassen dreizügig. Bemerkenswert ist, dass über 50 % der Schüler der Gemeinschaftsschule nicht aus Weil im Schönbuch selber kommen, was ein Beleg für die Attraktivität der Schule auch für andere Gemeinden und Eltern ist.

Verkehrs- und Parkraumkonzept: das auf Antrag der UBW und weiterer Fraktionen auszuarbeitende Verkehrs- und Parkraumkonzept muss vor der eigentlichen Ausarbeitung noch hinsichtlich der verlangten Ausarbeitungstiefe abgestimmt werden. Im kommenden Jahr soll im Gemeinderat darüber beraten werden, in welcher Tiefe dieses Konzept ausgearbeitet werden soll. Dann soll auch auf die Anfragen zu Geschwindigkeitseinschränkungen an den Ortseingängen eingegangen werden. Die ebenfalls angesprochenen Themen Parken in der Waldenbacher Straße

und in der Dettenhäuser Straße wurden in einer Verkehrsschau am 19. November behandelt. Das Protokoll geht dem Gemeinderat zu.

Haushalt 2020

Am 3. Dezember ist nach der Sitzung des Bau-, Landwirtschafts- und Umweltausschusses eine Sitzung des Gemeinderates vorgesehen. Einziges Thema ist die Einbringung des Haushaltsplanes 2020. Die Finanzierung des Eigenbetriebs soll bei dieser Beratung vertieft dargestellt werden.

Anfragen aus dem Gemeinderat

Gemeinderätin Dr. Staber fragte nach den Auswirkungen des Brandes in der Warmbronner Biogasanlage auf die Entsorgung des Häckselgutes auf den Häckselplätzen. Momentan würden dort große Mengen von Material gelagert. Sie fragte, ob es zulässig sei, von dort Material abzuholen. Der Bürgermeister sagte zu, diese Frage mit dem Abfallwirtschaftsbetrieb zu besprechen. Momentan gehe ein großer Teil des Biomülls zur Kompostierung in das Kompostwerk in Kirchheim unter Teck. Die Ausschreibung für die Planung des Neubaus für des zerstörte Gebäude laufe momentan europaweit.

Gemeinderat Kolb bat darum, Zahlen zur Mensa in der Gemeinschaftsschule zu halten. Es gehe ihm um die Auslastung der Mensa und um die Zufriedenheit mit dem Essenslieferanten. Der Bürgermeister sagte zu, diese Angaben als Gemeinderatsdrucksache zu liefern.

Gemeinderat Heydenreich fragte nach den Erfahrungen mit der Ausgabe der gelben Bänder zur Kennzeichnung von Obstbäumen, die zum Abernten freigegeben werden. Die Verwaltung berichtete, dass die Nachfrage bisher verhalten war. Allerdings startete die Aktion in diesem Jahr auch relativ spät. Deswegen soll die Ausgabe der gelben Bänder in den kommenden Jahren erneut angeboten werden.

Herr Heydenreich kritisierte die Missachtung von Halteverboten an der Gemeinschaftsschule durch Eltern, die ihre Kinder mit dem PKW von der Schule abholen. Bürgermeister Lahl berichtete, dass die momentane Parkregelung auf Wunsch der Elternbeiräte so gestaltet wurde. Die Einhaltung der Verkehrsbeschränkungen werde kontrolliert, kürzlich sogar unter Hinzuziehung des Polizeivollzugsdienstes. Letztendlich seien es die Eltern von Schulkindern, die durch ihr Verhalten andere Schulkinder gefährden.

Gemeinderat Wolfgang Brennenstuhl sprach das Verschließen von Rissen in Straßen im Gewerbegebiet an, was optisch ungewöhnlich ausgeführt worden sei. Er frage sich, ob dies so einen dauerhaften Wert habe. Bürgermeister Lahl wollte zunächst abwarten, ob die Reparaturen auf diese Art und Weise gelungen und dauerhaft sind.

Eine nichtöffentliche Sitzung schloss sich an.